

Sozialabbau - Ziegler und Co. planen neue Belastungen

Im Grundgesetz heißt es: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

Das ist bei der allgemeinen Finanznot der Kommunen schon lange nicht mehr möglich. Bei uns geht man den „üblichen Weg“ und will den Bürgerinnen und Bürgern in die Taschen greifen. Man will massiv städtische Leistungen abbauen.

Im Haushaltsentwurf für 2020/21 schlägt der „Banker im Rathaus“ vor, den Hebesatz der Grundsteuer B auf 1.180 Punkte zu erhöhen.

Das wäre Deutschlandrekord. Anders, so Ziegler, seien „freiwilligen Leistungen“ nicht aufrecht zu erhalten. Dazu legte er eine große Liste von möglichen Einsparungen vor.

Eine Alternative seien nur massive Gebührenerhöhungen.

Bei weiteren Fragen an die Koalition aus SPD, FW, FDP wenden!

Ein weiterer Aufreger, der in Mörfelden-Walldorf diskutiert wurde: Das Schwimmbad.

Da wurde schon vor Wochen diskutiert, das Schwimmbad für zwei Badesaisonen zu schließen.

Dahinter steckt, man muss einiges sanieren und möchte das Defizit, das Bädereinrichtungen nun mal bringen, für zwei Jahre einsparen.

Offenbar fehlte es hier aber auch an einer vorausschauenden Schwimmbad-Sanierungsplanung.

Wir sind der Meinung: Das Schwimmbad darf nicht geschlossen werden.

Ein CDU-Abgeordneter meinte kürzlich im Bundestag: „Wir leisten uns zu viel Sozialklimbim“. Solche Denkweisen müssen entschieden zurückgewiesen werden.

Wir hoffen sehr, es entsteht genügend Druck aus der Bevölkerung, damit die Rathauskoalition begreift, wo die Grenzen sind. Ein Schwimmbad ist kein Sozialklimbim. Punkt.

Kostenschock

... also, uns schockt eigentlich nichts mehr. Auch keine örtlichen Äußerungen aus der Rathausspitze.

Aber da gibt es Schlagzeilen in der örtlichen Presse: „Koalition empört über Winkler“, „Kahlschlag oder Kosten-Schock?“, die nachdenklich machen.

Die jetzige Koalition leidet sichtbar unter den demokratischen Entscheidungen der Wähler.

Verloren bei der „Feuerwehr-Abstimmung“. Verloren bei der Bürgermeister-Wahl.

Bei vielen Äußerungen schimmert aber auch durch: Sie sind „schlechte Verlierer“. Nachträglich gewinnen geht nicht, also machen wir es dem Bürgermeister schwer, so denkt man wohl bei der SPD, der FDP und den Freien Wählern.

Manchmal spürt man es direkt: „Sie lassen ihn ins Messer laufen“, haben eine „Blockadehaltung“.

Darauf hingewiesen hört man dann vom SPD-Mann Best: „Wir sagen nicht, alles was er macht ist schlecht.“ Das sagt aber auch schon alles.

Und was den „Kostenschock“ betrifft, da sollten die Bürgerinnen und Bürger doch mal den Ersten Stadtrat Ziegler fragen, ob er denn eigentlich weiß, was es bedeutet, wenn man die Grundsteuer B von 740 auf 1.180 Punkte erhöht.

Vielleicht ist er über die Antworten geschockt.



**Daran denken:
Nichts wird
vergessen!**

**Die Badesaison 2020
pünktlich eröffnen!**

Dabei sein - mitmachen

Auf den Spuren der Verfolgten

50 Jahre
blickpunkt

Einladung zum Rundgang zu den Gedenkstätten in Mörfelden und Walldorf

Standort der „Weinberg’schen Hühnerfarm“, Farmstraße
Gedenkstein KZ-Außenlager
Gedenkstätte in der Walldorfer Langstraße
Gedenkstätte Langgasse Mörfelden
Abschluß Gedenkfeier für die
„Pogromnacht“ am Gedenkstein der Synagoge

Treffpunkt

**Samstag, 9. November 2019, 14 Uhr,
Farmstraße / Ecke Nordendstraße**
Organisierter Fahrdienst

Wir erinnern und machen Geschichte erlebbar.

blickpunkt

50 Jahre blickpunkt

Einladung zur

Matinee

Sonntag

10. November 2019

11 Uhr

Bürgerhaus Mörfelden



Großer Andrang herrschte während der Kerb in der Mörfelder Hofgalerie. Auch die Kerweborsch schauten vorbei. Im Treber-Haus in der Mörfelder Altstadt gab es rund 100 historische Fotos und Zeitdokumente aus der Doppelstadt zu sehen. Stadtgeschichten von Mörfelden und Walldorf von gestern. Anlass für diese Ausstellung ist der 50. Geburtstag des „blickpunkt“. Immer wieder gab es lebhaftes Gespräch vor den alten Bildern. Viele Erinnerungen wurden wachgerufen und alte Geschichten wurden ausgetauscht. Immer wieder war zu hören: „Weißt du noch...“, „Des kenn ich noch...“

An einer Seite des Hofdurchgangs gab es Fotos aus der Nazi-Zeit (Foto). Hier gab es oft ernste Gespräche „Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg!“

„Geschichte zu veranschaulichen und darüber ins Gespräch zu kommen“, sagte dazu Dietmar Treber, der diese Ausstellung zusammengestellt hatte.

Die Ausstellung zeigte eine bemerkenswerte, eindrucksvolle Geschichte der Arbeiterbewegung und der einfachen Leute. Geschichte von unten. Bestes Beispiel dafür ist das Volkshaus, das 1928 bis 1930 in Eigenregie der Mörfelder Bevölkerung, in einer Zeit von großer Not und Leid erbaut wurde. Das Motto damals: „Mit vereinter Kraft man Großes schafft“.

Gleichzeitig wurde in der Ausstellung das neue „blickpunkt“-Buch „Geschichte und Geschichten“ verkauft. Der Absatz war sehr gut. Es empfiehlt sich, rechtzeitig vor Weihnachten ein Buch zu sichern.

Aus der Post

In den beiden letzten Ausgaben dieser Zeitung druckten wir Grüße und Glückwünsche aus unserer Gegend ab. Heute schließen wir das Thema mit einem Schreiben aus Heidenau bei Dresden.

50 Jahre
**blick
punkt**

DIE LINKE Örtlicher Verband Heidenau – Dohna – Müglitztal schreibt:

Liebe „Macher“ des „Blickpunkt“ in Mörfelden-Walldorf,

voller Achtung für euer jahrzehntelanges Wirken für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt mit der Herausgabe des Monatsblatts möchten wir euch sehr herzlich gratulieren zum 50-jährigen Jubiläum.

Gegen alle Widerstände und Widrigkeiten habt Ihr monatlich eine Ausgabe für alle Haushalte produziert und euch für soziale Gerechtigkeit im Großen wie im Kleinen aber auch zur Lösung kommunalpolitischer Probleme, gegen Fluglärm und die Abholzung von Wald und viele andere dringende Probleme eingesetzt.

Bald werden es 30 Jahre, dass wir in unserer Stadt Heidenau „Links der Elbe“ als Zeitung unseres örtlichen Verbandes herausgeben. Es sind nur vier Ausgaben im Jahr und wesentlich weniger Exemplare - aber diese sind im Stadtleben verankert.

Euer Beispiel hat die Gründer unseres Blattes ermutigt, eine eigene Zeitung herauszugeben und bisher über 100 Ausgaben hergestellt. Besonders Rudi Hechler danken wir für seine Hilfe und Anregungen aus der Gründungszeit.

Wir wünschen euch weitere interessierte Leser und viele Erfolge im täglichen Ringen um Frieden und soziale Gerechtigkeit. Die Themen werden euch nicht ausgehen – dafür sorgt schon das Kapital und der politische Gegner.

Mit sozialistischem Gruß

Steffen Wolf Peter Mildner

Vorsitzender des örtlichen Verbandes für die Redaktion von Links der Elbe

DIE LINKE Heidenau - Dohna - Müglitztal



*Das Buch
„Geschichte und Geschichten“
gibt es in der Buchhandlung
Giebel (Walldorf) und im
„Merfeller Shop“
für 10 Euro.*

*Natürlich haben die Aktiven
der DKP ebenfalls
Bücher zum Verkauf.*

*... und selbstverständlich
ist es auch beim
„blickpunkt“ und bei allen
unseren Veranstaltungen
erhältlich.*

Die Finanznot der Kommunen ist nicht hausgemacht

Die Finanznot der Kommunen ist nicht hausgemacht. Bund und Länder tragen die Hauptverantwortung für sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben!

Die Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist nach wie vor alarmierend. Vergessen wird oft: Das Fundament des Staates gerät ins Wanken, wenn sich an der Finanzausstattung der Kommunen nicht grundlegend etwas ändert.

Wer sich erinnert an die milliardenschwere Bankenrettung durch Bundesmittel, weiß: Es ist blanker Hohn, dass nicht die leisesten Anstrengungen unternommen werden, die „Schlaglöcher in den kommunalen Haushalten“ zu beseitigen!

Hauptursache für die prekäre Lage der Kommunalfinanzen ist eine Steuersenkungspolitik seit vielen Jahren. Folgen sind: eine gigantische Umverteilung von unten nach oben und Milliarden an Einnahmeverlusten für die öffentliche Hand.

Wir brauchen Wohnungen, Kindergärten, ordentliche Straßen, Hilfe bei klimagerechter Sanierung von Häusern und vieles mehr. Die Kommunen werden dabei im Stich gelassen.

Wir brauchen keine neue teure Superrüstung und keine Pläne, die gefährliche Auslandseinsätze der Bundeswehr vorsehen.

Wir wissen: Die Reichen werden reicher und die Zahl der Armen wächst. Das alles macht um unsere Stadt keinen Bogen.

Wer glaubt, man könne alles auf die Einwohnerinnen und Einwohner abwälzen und gigantische Grundsteuererhöhungen in die Diskussion bringt, ist fehl am Platz.

Notwendig wird eine linke Politik die sich dem Ausbluten der Kommunen entgegenstellt.

Wir wissen um die Diskussionen in der SPD. Vor allem die Gewerkschaftler in der SPD sehen die Zusammenhänge und wollen handeln. Das kann man auch hier in Mörfelden-Walldorf.

Wieder Nazi-Terror in Deutschland

Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 2. Juni 2019 ist noch nicht verarbeitet. Das kommt es am 9. Oktober in Halle erneut zu einem Terrorakt durch einen Faschisten. Der überzeugte Antisemit Stephan Balliet versuchte, sich Zutritt zur Synagoge der Stadt zu verschaffen, in der zu diesem Zeitpunkt 51 Personen an Feierlichkeiten anlässlich des höchsten jüdischen Feiertags „Jom Kippur“ teilnahmen. Der 27-Jährige, der bis an die Zähne bewaffnet war, versuchte, mithilfe von Schusswaffen und Sprengstoff, die verschlossene schwere Eingangstür zur Synagoge zu öffnen. Dieser Versuch scheiterte. Wohl einzig aus diesem Grund blieben die Besucherinnen und Besucher der Synagoge unverletzt. Der Attentäter attackierte daraufhin Gäste eines nahegelegenen Döner-Imbisses und zufällig auf der Straße zugegangene Passanten und erschoss zwei Menschen. Spätestens seit dem Aufliegen des NSU weiß man, dass in Deutschland rechtsradikale Terrorbanden ihr Unwesen treiben, dass sie z.T. gesteuert werden von einem sogenannten Verfassungsschutz.

In Frankfurt zeigte sich dass Nazi-Netzwerke auch in der Polizei verankert sind. Es gibt Todesdrohungen gegen Politiker und Antifaschisten auch in unserer Stadt.

Zwar hat man das internationale Nazi-Netzwerk „Blood & Honour“ im Jahr 2000 in Deutschland verboten, nicht jedoch dessen militanten Arm Combat 18. Das von Combat 18 vertretene Konzept des ‚führerlosen Widerstands‘ sieht vor, dass terroristische Zellen unabhängig voneinander Anschläge und Morde verüben. Größtenteils auch ganz bewusst ohne das Verfassen von Bekennerschreiben. Das alles ist den Behörden mittlerweile seit Jahrzehnten bekannt. Insofern ist es alles andere als glaubwürdig, wenn nach einer Reihe an von Nazis begangenen Morden und Mordversuchen noch immer behauptet wird, es handele sich um Einzeltäter.

Wie viele Menschen in Deutschland sind bislang Opfer rechter Gewalt

geworden? Nach Informationen des „Tagesspiegel“ und von „Zeit Online“ ist die Zahl der Todesopfer rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung deutlich höher als von der Bundesregierung angegeben. In einer Langzeitrecherche aus dem vergangenen Jahr zählen die Zeitungen 169 Menschen, die zwischen 1990 und 2017 von Neonazis oder anderen extremen Rechten getötet wurden. Dass es noch mehr

Fälle geben könnte, zeigt eine neue Ausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990“ von Rebecca Forner. Sie kommt für den Zeitraum von 1990 bis 2017 auf 183 Todesopfer.

Nazis gibt es auch im Kreis Groß-Gerau.

Informationen zu sammeln und Gegenbewegung zu organisieren sollte ernst genommen werden.

**Gegen Rassismus und
Ausländerfeindlichkeit**

**KUND
GEBUNG**

**Samstag, 9. November 2019
18 Uhr, Rathausplatz
Mörfelden**

Die „Aktion Toleranz“ Mörfelden-Walldorf ruft die Bevölkerung zur Teilnahme an der alljährlichen Gedenk Kundgebung zur Erinnerung an die Pogromnacht vom 9.11.1938 auf. Sie findet statt am 9.11.2019 um 18 Uhr am Gedenkstein für die Synagoge in der Langgasse im Stadtteil Mörfelden.

In der Erklärung der „Aktion Toleranz“ heißt es u.a.: „Seit 1993, also seit 26 Jahren, veranstaltet die Aktion Toleranz nun diese Kundgebung. Es sprachen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wie Peter Gingold, Alfred Jachmann, Cäcilie Peiser, Edith Erbrich und Alfred Adler. Wir haben viele Opfergruppen wie die Jüdinnen und Juden, Menschen mit Behinderung, Sinti und Roma, Homosexuelle, sogenannte „Asoziale“ und andere gewürdigt. Wir haben über Täter wie Ärzte, Polizisten und Juristen gesprochen. Wir haben immer auf die Parallelen in der Gegenwart hingewiesen. ...

Seitdem die AfD in den Bundestag und in die Länderparlamente einzog, hat sich dort der Ton verschärft. Es werden Dinge ausgesprochen, die bis vor kurzem als unsagbar galten. Von Herrn Gauland ist zu hören: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“ Diese Sprache bereitet den Boden für Taten.

Die Gedenkorte für die Opfer der rechtsextremen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) werden immer wieder beschädigt. Es gibt Feindeslisten und Waffenverstecke und selbst Innenminister Seehofer geht von ca. 12.000 gewaltbereiten Neonazis aus.

Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 2. Juni 2019 oder Anschläge wie der vom 9. Oktober 2019 in Halle auf die jüdische Gemeinde und Wahlergebnisse in zweistelliger Höhe für die AfD haben gezeigt, dass es sehr wohl notwendig ist, immer wieder an die Verbrechen, die während der Nazizeit begangen wurden, zu erinnern und Stellung zu beziehen gegen Hass und Hetze in der heutigen Zeit.

Als Hauptrednerin haben wir in diesem Jahr Ilona Klemens gewonnen. Zur Zeit ist sie Hochschulpfarrerin in Mainz, wird aber ab dem 1.12. Generalsekretärin des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Zum Abschluß der Kundgebung können Bürgerinnen und Bürger Blumen am Gedenkstein niederlegen.“



Ihr habt: Fragen zur
Sozialistischen Deutschen
Arbeiterjugend?
Ihr wollt aktiv werden?

Schreibt uns doch mal:
[facebook.com/DKPLinkeListe](https://www.facebook.com/DKPLinkeListe)



Fidel Castro - geboren am 13. August 1926 und gestorben am 25. November 2016 - war ein kubanischer Revolutionär. Er war Regierungschef und Staatspräsident Kubas sowie Vorsitzender der Kommunistischen Partei.

Wir entdeckten eine schon fast prophetische Rede, die er bei einer UN-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro hielt.

Eine bedeutende biologische Gattung ist aufgrund der schnellen und fortschreitenden Beseitigung ihrer natürlichen Lebensbedingungen vom Aussterben bedroht: der Mensch. Wir werden uns jetzt dieses Problems bewusst, wo es fast zu spät ist, es zu verhindern.

Es muss darauf verwiesen werden, dass die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortlichen für die grauenhafte Vernichtung der Umwelt sind. Sie entstanden aus den ehemaligen Kolonialmetropolen und der imperialen Politik, die ihrerseits die Rückständigkeit und die Armut verursachten, welche heute die immense Mehrheit der Menschheit geißeln. Sie verbrauchen zwei Drittel des Metalls und drei Viertel der Energie, die auf der Welt erzeugt werden, obwohl sie nur 20 Prozent der Weltbevölkerung darstellen. Sie haben die Meere und Flüsse vergiftet, die Luft verschmutzt, die Ozonschicht geschwächt und Löcher in ihr verursacht, haben die Atmosphäre mit Gasen angereichert, die die klimatischen Bedingungen beeinträchtigen, was katastrophale Auswirkungen hat, die wir schon zu spüren beginnen.

Die Wälder verschwinden, die Wüsten weitensich aus, Milliarden Tonnen fruchtbarer

Erde enden jährlich im Meer. Zahlreiche Arten sterben aus. Der aus dem Bevölkerungszuwachs resultierende Druck und die Armut führen zu verzweifelten Anstrengungen, um selbst auf Kosten der Natur zu überleben. Man kann dafür nicht die Länder der Dritten Welt beschuldigen, die gestern Kolonien waren und heute durch die ungerechte Weltwirtschaftsordnung ausgebeutete und ausgeplünderte Nationen sind.

Die Lösung kann nicht sein, die Entwicklung jener zu verhindern, die sie am meisten brauchen. Wahr ist, dass alles das, was heute zur Unterentwicklung und zur Armut beiträgt, ein offenkundiges Attentat auf die Ökologie ist. Zig Millionen Männer, Frauen und Kinder sterben infolge dessen jährlich in der Dritten Welt, mehr als in jedem der beiden Weltkriege. Der ungleiche Austausch, der Protektionismus und die Auslandsverschuldung greifen die Ökologie an und fördern die Zerstörung der Umwelt.

Wenn man die Menschheit vor dieser Selbsterstörung retten will, müssen die Reichtümer und die verfügbaren Technologien des Planeten besser verteilt werden. Weniger Luxus und weniger Verschwendung in einigen

wenigen Ländern, damit weniger Armut und weniger Hunger in großen Teilen der Erde herrschen. Schluss mit dem Transfer von Umwelt zerstörenden Lebensstilen und Konsumgewohnheiten in die Dritte Welt. Das menschliche Leben muss rationaler werden. Es muss eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung durchgesetzt werden. Alle notwendigen wissenschaftlichen Forschungen sollen für eine nachhaltige Entwicklung ohne Umweltverschmutzung eingesetzt werden. Es soll die Umweltschuld bezahlt werden und nicht die Auslandsschuld. Es soll der Hunger verschwinden und nicht der Mensch.

Jetzt, wo die angebliche Bedrohung durch den Kommunismus nicht mehr da ist, und keine Vorwände für kalte Kriege, Wettrüsten und Militärausgaben bleiben, was hindert daran, diese Mittel sofort dafür einzusetzen, die Entwicklung der Dritten Welt zu fördern und die Gefahr der ökologischen Zerstörung des Planeten zu bekämpfen?

Schluss mit dem Egoismus, Schluss mit dem Vorherrschaftsbestreben, Schluss mit der Gefühllosigkeit, der Unverantwortlichkeit und dem Betrug. Morgen wird es zu spät sein für das, was wir schon lange gemacht haben müssten.

„Fridays for Future“

Die Protestbewegung „Fridays for Future“ trifft auf wenig Sympathie bei den Herrschenden in unserem Land.

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sah sie sogar als 5. Kolonne einer angeblichen russischen „hybriden Kriegsführung“. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar sagte sie: Diese hybride Kriegsführung im Internet ist sehr schwer zu erkennen, weil die russischen Desinformationskampagnen plötzlich Bewegungen haben, die immer ansetzen an einem Manko. In Deutschland protestieren jetzt die Kinder für Klimaschutz. Das ist ein wirklich wichtiges Anliegen. Aber dass plötzlich alle deutschen Kinder – nach Jahren ohne jeden äußeren Einfluss – auf die Idee kommen, dass man diesen Protest machen muss, das kann man sich auch nicht vorstellen.“

Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner sagte im „Bild“-Interview: „Klimaschutz ist was für Profis“ und die „Bild“-Zeitung ergänzte in der Schlagzeile „Und nicht für Kids auf der Straße“.

Über 12000 Klimaforscher aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sehen das anders und stellen sich hinter die Protestierenden.

Meine Meinung

„Die haben nicht nur das Herz am rechten Fleck. Die haben auch einen Arsch in der Hose“

Torre Pellice ist die erste Kommune im Piemont, die einen Personalausweis an einen Geflüchteten vergeben hat. Bürgermeister Marco Cogno aus unserer Partnerstadt Torre Pellice folgt damit dem Beispiel von Palermo, Lecce, Mailand und Neapel, und zeigt sich äußerst solidarisch. Er vergab an Thierry, einen Geflüchteten von der Elfenbeinküste, einen Personalausweis mit dem Gemeindehaus von Torre Pellice als eingetragenem Wohnsitz. Damit widersetzt sich Cogno der Anordnung des Innenministers und setzt ein Zeichen der Solidarität mit allen Geflüchteten, denen ein Personalausweis und damit die rechtliche Gleichstellung mit den anderen Bürger*innen Italiens verwehrt bleibt. Nur Tage später folgte Nicola Ruggiero, Bürgermeister von Rivalta, diesem Beispiel

In mehreren italienischen Städten stellen sich die Bürgermeister*innen dem von Innenminister Salvini hinterlassenen, verschärften Einwanderungsgesetz entgegen.

Dieses Gesetz ist unmenschlich und führt dazu, dass rechtmäßig in Italien lebende Menschen kriminalisiert werden, denn durch dieses Gesetz wird die Vergabe von Aufenthaltsgenehmigungen stark eingeschränkt und die Abschiebung von Geflüchteten erleichtert.

Wenn man den Schiffen mit geretteten Flüchtenden an Bord das Einlaufen verwehrt, so führt das zwangsläufig dazu, dass kein Flüchtender mehr legal ins Land einwandern kann. Menschen werden sozusagen in die Kriminalität gezwungen.

Der Präsident des italienischen Städtetages, Antonio Decaro, ist sogar der Meinung, diese Verschärfung des Asylrechtes verstieße in ihrer jetzigen Form gegen die Menschenrechte.

Auch Bürgermeister Leoluca Orlando (Palermo) positioniert sich klar gegen die Kriminalisierung von Geflüchteten: „Man kann den Bürgern nicht einfach Rechte entziehen, um etwas als Sicherheitsmaßnahme auszugeben,



Entscheidend ist, was hinten rauskommt

Viel Hin und Her beim Thema Renovierung Volkshaus-Denkmal. Man muss die ganze Geschichte wissen, wenn man richtig urteilen will.

Im Januar 2002 beantragte die DKP/OL-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf, vor dem erneuerten Bürgerhaus ein Denkmal zu errichten, das an die Erbauer des Volkshauses erinnert. Es gab dazu einen Wettbewerb - unter 33 Entwürfen hat eine Jury, bei der ich mitwirkte, einen beeindruckenden Vorschlag ausgewählt.

Bei der Einweihung 2007, waren alle glücklich und zufrieden.

Wenig Monate später gab es Probleme, erste Roststellen tauchten auf. Die Beleuchtung funktionierte nicht. Noch innerhalb der Gewährleistungsfrist berichtete ich es im Rathaus. Es geschah nichts.

was in Wirklichkeit nach Rassengesetz stinkt[...]"

Unglaublich!!, sage ich dazu nur, und meine damit sie alle, die Bürgermeister*innen, die an der Seite der Geflüchteten stehen. Unglaublich aber auch der abgetretene Innenminister Salvini und seine inhumanen Vorstöße, die an dunklere Tage Italiens erinnern.

Näher eingehen möchte ich aber auf meine Bewunderung für die mutigen Stadtoberhäupter, die mich auch dazu gebracht hat, diesen Artikel zu schreiben. Ich bewundere diese Menschen, die sich gegen das Dekret eines

Die Roststellen wurden größer, ich schrieb darüber Berichte, die DKP/LL stellte mehrmals Anträge für eine Instandsetzung. Wieder geschah nichts - die Anträge wurden abgelehnt.

Aber die Sache wurde zunehmend blamabler - man konnte das Denkmal den Freunden aus den Partnerstädten nicht mehr zeigen. Man ließ städtisches Eigentum schlichtweg vergammeln.

Jetzt scheint es wieder ordentlich renoviert zu sein. Es gab im Rathaus ein undurchsichtiges Hin und Her - aber das Bauamt hat entschieden: „Es wird instandgesetzt und gerettet!“

Aber jetzt blasen sie wegen einem evtl. Formfehler die Backen auf!

Die SPD: So geht das nicht! Die FDP: Ein teurer Fauxpas.

Ein rechter Leserbriefschreiber vermutet sogar ein „Dankeschön“ des neuen Bürgermeisters an die DKP.

Lasst doch mal die Kirche im Dorf. Freut euch lieber - ihr „Krimmelkacker“ - dass man am Bürgerhaus wieder etwas vorzeigen kann.

Ich sage Danke! (Auch - wenn etwas nicht genau den formellen Weg gegangen sein sollte.)

Rudi Hechler

PS:

Repariert auch noch die Lampen!

faschistischen Innenministers stellen, um die Menschlichkeit zu bewahren. Menschen, die es für richtig halten, für etwas einzustehen und sogar dafür den Kopf hinhalten - beruflich und privat - weil es ihr moralischer Kompass nicht zulässt, sich diesem Faschisten zu beugen.

Die haben nicht nur das Herz am rechten Fleck, sondern auch einen Arsch in der Hose, wie man in Italien sagt. Solche Leute müssen wir uns auch in Deutschland als Vorbild nehmen.

Simona Sergi
Stadtverordnete der DKP/LL

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Fotos: W. Keber



Gedenken auf dem Römerberg. Zum achten Jahrestag der Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest gab es eine Protestkundgebung auf dem Römerberg. „Wir gedenken der Opfer“, hieß es dazu ergänzend auf dem Flugblatt der zum BBI gehörenden Gruppe „Gemeinsam gegen Fluglärm und Schadstoffe“. Sie wiesen hin auf Lärm und Dreck, auf Ultrafeinstaub oder das abgelassene Kerosin.

So kann es nicht weiter gehen. Acht Jahre, und nichts hat sich geändert. Von der SPD ist die Bundestagsabgeordnete Uli Nissen gekommen, die sich mit einem Plakat in die erste Reihe stellt. Die Linke ist mit dem stellvertretenden Präsidenten des Hessischen Landtags Ulrich Wilken, und Fraktions-Chefin Janine Wissler vertreten. Wissler hatte vorab in einer Mitteilung an die Presse eine „traurige Bilanz“ nach acht Jahren Landebahn gezogen: „Der Kelsterbacher Wald ist gerodet. Die versprochene Anzahl neuer Arbeitsplätze blieb aus.“

Die Lebensqualität in den umliegenden Gemeinden werde „erheblich beeinträchtigt“. Auch klimapolitisch sei der Ausbau des Frankfurter Flughafens „ein verheerender Weg“.

Jetzt wollen sie auch noch ihren Dreck vor unsere Tür kippen

Die Fraport plant ein Zwischenlager für belasteten Boden auf dem Flughafengelände. Die Fläche liegt in der Gemarkung Mörfelden-Walldorf. Die geplante Anlagenfläche umfasst insgesamt 61.000 qm. 49.000 qm davon sind als Lagerfläche, der restliche Teil ist als Verkehrs-, Zugangs- und Bewirtschaftungsbereich vorgesehen. Die geplanten Erdmieten haben eine maximale Aufschütthöhe von 24 m auf zwei Grundflächen/ Lagerboxen. Die Ausdehnung je Lagerbox/Erdmiete beträgt ca. 175 m x 160 m. Die Gesamtausdehnung inkl. Nebenflächen beträgt ca. 470 m in Ost-West-Richtung und ca. 160 m in Nord-Süd-Richtung. Derzeit wird sie als Parkfläche genutzt.

Der Planfeststellungsbeschluss vom 04.12.2007 sieht für diese Fläche eine Nutzung als Luftfrachtfläche (LF5) vor. Im Rahmen der Baumaßnahmen des

Terminal 3 wurden Kontaminationen mit per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) festgestellt, die aus dem Löschmitteleinsatz im Nutzungszeitraum der Air Base resultieren.

Der betreffende Aushub wird als belastetes Bodenmaterial eingeordnet. Aufgrund der großen Menge belasteten Bodenmaterials, kann der Aushub nicht entsorgt werden und soll auf der Fläche zwischengelagert werden, bis eine geordnete Entsorgung oder eine Wiederverwendung möglich ist. Die Nähe zum Stadtteil Walldorf und endlose Lastwagenfahrten werden Probleme aufwerfen. Die Badestelle Walldorfer See liegt nur ca. 1,5 km davon entfernt.

Man sollte wachsam bleiben und die Sache weiter verfolgen. Wir halten eine Lagerung von belastetem Material vor unserer Tür für gefährlich und lehnen ihn ab.

Wer uns helfen will beim Verteilen dieser Zeitung, wer Ideen und Vorschläge hat oder beim „blickpunkt“ mitwirken will, kann sich gerne melden.

Infos:

**RudiH@dkp-mw.de
www.dkp-mw.de**

Wir bedanken uns für die Glückwünsche zum 50. „blickpunkt“-Geburtstag und für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten!

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419**



Eigentlich drucken wir hier im November kein Foto von der Badezeit. Diesmal gibt es Gründe es zu tun. Einmal ist dieses schöne Foto von 1928 auch das Titelbild unseres neuen Buches „Geschichte und Geschichten“, zum anderen gibt es im Rathaus ernsthafte Überlegungen, im nächsten Jahr das Schwimmbad nicht zu öffnen. Gegen solche Pläne sollte man sich gemeinsam wehren. Wichtig ist, dass wir das Schwimmbad haben. Wichtig in einer Zeit, wo die Zahl der Menschen, die schwimmen können, ständig zurückgeht, weil Hallen- und Schwimmbäder aus finanziellen Gründen geschlossen werden. Wir müssen wachsam bleiben, damit man bei uns nicht auch auf dumme Gedanken kommt.



Zum Foto: Mörfelder Kinder übten im Nichtschwimmerbecken nach der Eröffnung. Mörfelden hatte damals ca.5000 Einwohner, als es sein „Schwimm-, Luft- und Sonnenbad“ erhielt. Die Baukosten beliefen sich auf 70.000 Reichsmark. Der Beschluss des damaligen Mörfelder Gemeinderats (8 Sozialdemokraten und 7 Kommunisten) zum Bau des sogenannten „Schwimm-, Luft- und Sonnenbades“ war in der damaligen Zeit schon sensationell und vorausschauend. Damals war es noch nicht allzu häufig, dass eine kleine Gemeinde sich ein Schwimmbad leistete. Aber Mörfelden, das war auch eine fortschrittliche Hochburg der Arbeiter- und Sportbewegung. Hier wurden Sportanlagen gefördert und breit genutzt. In der gleichen Zeit baute man solidarisch am Volkshaus (heute Bürgerhaus) - man war stolz auf das Erreichte - man konnte stolz sein. Das Bad wurde am Pfingstsonntag des Jahres 1928 eingeweiht und von der Bevölkerung und den Vereinen gut angenommen. Der Eintritt betrug 20 Pfennige, Schulklassen hatten freien Eintritt.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

Aus anderer Schüsseln schmeckt es immer besser!

Freitag, 8. November - 18 Uhr
Essen € 10,- (mit Stadtpass frei)
VVK nur im Integrationsbüro

Ü30 Jazz Trio

Samstag, 16. November - 20 Uhr
Eintritt: € 10,-/€ 8,-
VVK im KuBa und Buchhandlung Giebel

Spieleabend

Dienstag, 19. November - 20 Uhr - Eintritt frei

KuBa



Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 21. Nov. - 20 Uhr - Eintritt frei

Quiz

Freitag, 22. November - 20 Uhr - Eintritt frei

KuBa Foodsharing Schnibbelparty

Samstag, 23. November - 18 Uhr - Eintritt frei

Jam Session

Freitag, 29. November - 20 Uhr - Eintritt frei

Ein Hörspiel zum Zurücklehnen mit kleinen Kanapees

Samstag, 30. November - 20 Uhr - € 18,-/€ 15,-

Unser Lexikon

Schbrisch

Kumm isch
heit ned,
kumm isch
moije